

Deutschland entwickeln und umsetzen. Diese Initiativen zeigen es: Ein Wandel ist möglich und es macht Spaß, etwas zu gestalten!

Literatur

- Brost, M.: Öko oder sozial? In: Die ZEIT, Nr. 24 vom 6. Juni 2012.
Kristof, K.: Wege zum Wandel. Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreicher gestalten können. München 2010.
Lorenz U., S. Veenhoff & A. Daschkeit: Wissen und Handeln – eine systemische Betrachtung für mehr Nachhaltigkeit in Deutschland. Dessau-Roßlau 2013.
Rosa, H.: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a. M. 2005.
Stigson, B. et al.: Sustainability "Made in Germany": We know you can do it. Peer Review der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Berlin 2009.
Umweltbundesamt: Konzeption des Umweltbundesamtes zur Klimapolitik. Notwendige Weichenstellungen. Dessau-Roßlau 2009.
Umweltbundesamt: Deutschlands Wege in die Zukunft. Dokumentation einer UBA-Vortragsreihe zu mehr Nachhaltigkeit. Dessau-Roßlau;
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-f/4222.pdf> 2012a.
Umweltbundesamt: Schwerpunkte 2012. Dessau-Roßlau 2012b.
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin 2011.

* Die hier wiedergegebene Meinung muss nicht unbedingt mit der des Umweltbundesamtes übereinstimmen.

Hermann E. Ott

Was hat die Enquete für die Ökologie gebracht?

Es kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ nicht die magische Formel zur Lösung des Verhältnisses von Mensch und Umwelt gebracht hat. Aber sie hat den Stand der wissenschaftlichen und politischen Debatte dargestellt, die offenen Forschungsfragen aufgelistet – und sie hat die Umrisse eines großen sozial-ökologischen Transformationsprojekts sichtbar werden lassen.

Von der dramatischen Ausgangslage her betrachtet war die Enquete ein Schlag ins Wasser. Die vielfältigen Krisenerscheinungen unserer Zeit – aus den Fugen geratenes Finanzsystem, Klimawandel, Ressourcenknappheit, globale Ernährungskrise etc. – schaukeln sich gegenseitig hoch. Und was machen die hochbezahlten Abgeordneten und Experten? Die erste Arbeitsgruppe der Kommission betrieb regelrechte Arbeitsverweigerung; so kamen die Mitglieder überhaupt nicht erst in Versuchung, sich mit dem zentralen Thema auseinanderzusetzen: Wie kann eine Volkswirtschaft organisiert werden, damit sie mit geringem bzw. ganz ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) funktioniert? Oder die zentrale Frage der dritten Arbeitsgruppe: Wie eine Wirtschaft in einer begrenzten Welt umgestalten, um das Wohlergehen der Menschen sicherzustellen, ohne dabei die ökologischen Lebensgrundlagen zu zerstören? Keine Einigung auf Handlungsempfehlungen erzielt, Auftrag nicht erfüllt – die Enquete hat versagt.

Doch gemacht: Ich schlage eine etwas differenziertere Sicht vor. Einmal aus der Erkenntnis heraus, dass auch „Rom nicht in einem Tag erbaut wurde“, dass also nicht erwartet werden konnte, in zweieinhalb Jahren den Stein der Weisen für eines der grundlegenden Probleme unserer Zivilisation zu finden – wie nämlich das Verhältnis von Menschen und Umwelt umorganisiert werden kann. Dieses Verhältnis ist bisher ein Ausbeutungsverhältnis. Wie daraus in kurzer Zeit ein Harmonieverhältnis machen?

Ein Kollege, der den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zu Energiefragen angehört hatte, warnte mich schon zu Beginn, dass es auch bei diesen im Vergleich weniger komplexen Fragen drei Jahrzehnte gedauert habe, bis die vorhandenen Lösungsansätze akzeptiert und (fast) zum Mainstream wurden.

Realistische Aufträge erfüllt

Zum anderen ist etwas Milde bei der Bewertung der Enquete angesagt, weil sie einigen der zu erfüllenden Aufträge doch einigermaßen nachgekommen ist. Nicht die endgültige Lösung des Wachstumsproblems konnte die realistische Vorgabe sein – sehr wohl aber die Ermittlung des Standes des wissenschaftlichen und politischen Diskurses im Land. Dies ist in hohem Maße gelungen. Wer die 850 Seiten des Endberichts liest, wird einen Eindruck von den Problemlagen bekommen, denen sich die Staatengemeinschaft im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen gegenübersehen. Wer sich die Fragenkataloge anschaut, die in den Arbeitsgruppen erstellt worden sind, der bekommt nicht nur ein Bild des Standes der Forschung – der hält auch den Entwurf für ein komplettes Forschungsprogramm zu diesem Themenkomplex in Händen.

Ein weiterer Teil des Auftrages war aufklärerischer Natur: Nach der Finanzkrise 2008 (Originalton Finanzminister Steinbrück: „*Ich habe in den Abgrund geblickt ...*“) hatte viele Weltenbürger die Ahnung beschlichen, dass das Finanzsystem doch nicht so sicher sei wie gedacht. Und dass wir vielleicht gerade dabei sind, ein noch komplexeres und wichtigeres System zu zerstören – das Erdsystem. Deshalb bestand eine der Aufgaben der Kommission darin, dieser Ahnung konkretere Gestalt zu geben, das bestehende Wissen über die Krise unseres Wirtschaftsmodells in den Fraktionen, in den Parteien und in der Gesellschaft insgesamt zu verbreitern. Dies ist gelungen, wenn auch insgesamt nicht voll befriedigend. Die Medien berichteten höchst spärlich – und leider vor allem dann, wenn es Parteieingezänk gab. Da wir uns aber bemüht hatten, möglichst konstruktiv vorzugehen und den gemeinsamen Grund auszutasten, gab es relativ wenig Zoff. Aber dennoch: Alle Vortragssäle in den Universitäten, bei Vereinen und Verbänden waren voll und das Interesse gerade bei den Jüngeren groß.

Dank der Enquete sind auch die politischen Frontverläufe innerhalb der Parteienlandschaft in zentralen Fragen deutlicher geworden. Die Kommission war von Grünen und SPD gemeinsam beantragt worden. Dann musste mit der Koalition verhandelt werden, denn die Einsetzung einer Enquete-Kommission ist trickreich geregelt: Zwar ist die Einsetzung ein Minderheitenrecht und kann durch ein Viertel der Mitglieder erzwungen werden, doch wird die Ausstattung der Enquete durch das ganze Haus entschieden, also nicht ohne die Regierungsmehrheit. Da wir eine große Enquete-Kommission wollten, mit mindestens 17 Abgeordneten und 17 Sachverständigen, ist der endgültige

Einsetzungsbeschluss dann mit den Stimmen auch von CDU/CSU und FDP verabschiedet worden.

In diesem Sinne war die Enquete weder inhaltlich noch parlamentarisch ein Projekt der Koalition und wurde entsprechend misstrauisch betrachtet. Nichtsdestotrotz war über lange Strecken eine kooperative Zusammenarbeit möglich. Sobald es jedoch zum Schwur kam, sobald es um konkrete Handlungsoptionen ging, trennten sich die Wege wieder. Die unterschiedlichen Vorstellungen in Koalition und Opposition zeigen sich vor allem beim Vergleich von Haupttext und Sondervoten, die in ihrer Mehrzahl eine fesselnde Lektüre bieten.

Meines Erachtens sind – trotz diverser Einschränkungen – in der Enquete die Umriss eines großen sozial-ökologischen Reformprojekts sichtbar geworden. Dieses Projekt scheint deutlich auf in den vielen gemeinsamen Sondervoten von Grünen, SPD und Linksfraktion. Darüber hinaus zieht sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Transformation unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auch bis weit in das „bürgerliche Lager“ hinein, wo viele Sachverständige und auch einzelne Bundestagsabgeordnete die Ursachenanalyse der Krise teilen – und so die Gewissheit der Regierung in Frage stellen, dass die Krisen mit ein paar Schönheitsreparaturen zu heilen seien.

Erstes Beispiel: Wachstum – die Gretchenfrage

Die pessimistische Sicht auf die Enquete lässt sich auch empirisch entkräften, da einige im Konsens getragene Ergebnisse zukunftsweisend sind, beispielsweise bei der Gretchenfrage „Wie hältst Du's mit dem Wachstum?“ Zwar haben einige Mitglieder der Enquete alles darangesetzt, um den Wachstumsetzismus auch in dieses Gremium zu tragen, aber im gemeinsam getragenen Wortlaut des Berichts ist die Absage an das Politikziel „Wirtschaftswachstum“ eindeutig festgelegt: „*Das zentrale Ziel der Politik ist ... der Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger. Wirtschaftliches Wachstum dagegen ist kein politisches Ziel.*“ (Bericht, S. 43) „So what?“ mag mancher Leser fragen. Dass Wirtschaftswachstum nicht Ziel, sondern höchstens Mittel der Politik sein darf, das hat doch schon Ludwig Erhard gesagt. Doch im Kontext der Wachstumsdebatte der letzten zehn Jahre und vor dem Hintergrund der Wachstumsfixierung der FDP seit dem „politischen Aschermittwoch“ 2012 ist das ein beachtenswertes Ergebnis, an dem die Parteien auch gemessen werden sollten.

Die Opposition geht im Bericht noch einen Schritt weiter: „Daher muss an die Stelle der Wachstumsabhängigkeit der Gesellschaft die

politische Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung treten, die auch zum Vorbild für Entwicklungsländer werden kann. Wachstum kann das Ergebnis einer gewünschten Entwicklung sein, aber nicht ein Ziel an sich“ (Bericht, S. 129). Die Erkenntnis vieler Mitglieder der Enquete ist, dass die Fixierung auf das Wachstum des BIP nur ein Handeln auf der symbolischen Ebene ist. Es ist deshalb unsinnig, mehr Wachstum zu fordern, so wie es genauso unsinnig wäre, weniger Wachstum zu fordern. Erfolgreich wird eine Politik der Versöhnung zwischen Mensch und Umwelt nur dann sein, wenn die symbolische Ebene verlassen wird und die eigentlichen politischen Ziele in den Blick genommen werden – in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Bildungs- und Umweltpolitik. Wozu bei Letzterer die absolute Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs gehört. Wirtschaftswachstum ist demnach lediglich eine Folge, nicht Ziel und nicht einmal Mittel politischen Handelns.

Auch hier kann natürlich gefragt werden, inwieweit sich diese Erkenntnisse der Enquete in der Praxis des Politikbetriebs wiederfinden werden. Aber die Notwendigkeit des Abkoppelns der sozialen Sicherungssysteme vom Wachstum des BIP und die Betonung eines grundlegenden Wandels unserer Ökonomie im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation findet sich in vielen Sondervoten und wird seine Wirkung entfalten. Hier nur zwei Beispiele:

„Der Enquetebericht zeigt in aller Deutlichkeit die vielfache Überschreitung von ökologischen und auch von sozialen Grenzen auf. Ein Paradigmenwechsel ist deshalb erforderlich – unser gegenwärtiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist nicht zukunftsfähig. Die Koalition geht von einem graduellen Wandel innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung aus. Die Opposition spricht sich für eine sozial-ökologische Transformation von Marktwirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines ‚Pfadwechsels für einen neuen Wohlstand‘ aus“ (Bericht, S. 787).

„Mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation werden Strategien gefasst, die auf eine bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-)Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert. Wie im Adjektiv ‚sozial-ökologisch‘ angezeigt, bedarf es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse zu den geologischen und bio-physikalischen Lebensgrundlagen.“ (Bericht, S. 484)

Zweites Beispiel: Erkenntnisse zum Rebound-Effekt

Ein zweites Beispiel zukunftsweisender Ergebnisse der Enquete sind die Erkenntnisse zum Rebound-Effekt und zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Das gilt zunächst für die gemeinsam von allen Fraktionen getragene Analyse, in der festgelegt wird, dass, erstens, die ökologischen Grenzen der Erde die Grenzen des Wirtschaftens definieren; zweitens, dass diese ökologischen Grenzen vielfach überschritten sind (der Bericht nimmt hier Bezug auf Johan Rockström et al.: *A Safe Operating Space for Humanity. Nature* 461, 2009, S. 472–475); drittens, dass der Ressourcenverbrauch global reduziert werden muss, wenn wir innerhalb dieser ökologischen Grenzen bleiben wollen; und viertens, dass dies sehr schwierig ist wegen verschiedener Rebound-Effekte – und dass es deshalb neben technologischen Verbesserungen auch politischer, wirtschaftlicher und sozialer Innovationen bedarf.

Die Erkenntnis, wegen des Rebound-Effekts den Energie- und Ressourcenverbrauch absolut zu reduzieren, könnte und müsste dazu beitragen, die Umweltpolitik, die Umweltökonomie und auch die Arbeit der Umweltverbände völlig neu aufzustellen. Die Projektgruppe 3 der Enquete stütze sich bei dieser Erkenntnis auf eine von ihr in Auftrag gegebene Metastudie zum Rebound-Effekt. Gestützt auf diese Studie wird im Bericht zwischen „relativer“ und „absoluter“ Entkopplung unterschieden und deutlich gemacht, dass sich der Begriff der „Entkopplung“ immer auf einen anderen Parameter bezieht (meistens das BIP) und deshalb nur relativ ist. Da aber in vielen Bereichen eine absolute Reduzierung des Ressourcenverbrauchs erforderlich ist, spricht der Bericht in diesen Fällen daher nicht von Entkopplung, sondern von „Reduktion“ (Bericht, S. 430 f.). Allein diese Unterscheidung dürfte zu größerer Präzision in der zukünftigen intellektuellen und politischen Auseinandersetzung führen.

Der Enquete-Bericht macht klar, dass die Lösung nur in einem systemischen Ansatz bestehen kann und weist auf drei direkt wirkende Maßnahmen hin, die dem Rebound-Effekt entgegenwirken: die Streichung klima- bzw. umweltschädlicher Subventionen, die Nutzung von Preissignalen (Ressourcensteuern) und die Einziehung von Obergrenzen der Ressourcennutzung, so genannten „Caps“:

„Die beispielhafte Analyse historischer Entkopplungsversuche zeigt, dass entsprechende Anpassungen von Verhalten und Technologien in erster Linie über veränderte Institutionen und politische Rahmensetzung erfolgten. Einesseits wurden durch die Festsetzung von Caps die jeweiligen Ressourcen-

verbräuche absolut gesenkt (und so Rebound-Effekte verhindert). Andererseits wurden die Anpassungszeiträume so gewählt, dass sich technologische Innovationen und Veränderungen in Lebensstilmustern entwickeln konnten.“ (Bericht, S. 453)

Vermutlich erübrigt sich die Bemerkung, dass sich an die konsensual getroffene Analyse der Situation im Bereich der Ressourcenökonomie keine gemeinsamen Handlungsempfehlungen angeschlossen haben. Ja, es war nicht einmal ein Einverständnis darüber möglich, dass der Emissionshandel – eine Obergrenze für CO₂ – bisher schlecht konzipiert ist und bestenfalls zeigt, wie ein solcher Cap nicht aussehen sollte. Dafür finden sich im Sondervotum der Opposition knapp 20 Seiten mit konkreten Empfehlungen, wie eine an Reduzierung orientierte Ressourcenpolitik auf der nationalen, der europäischen und der globalen Ebene agieren könnte (vgl. Bericht, S. 450 ff.).

Ausblick

Innerparlamentarisch sind zwei Wege wünschenswert, um die Arbeit der Enquete-Kommission im nächsten Bundestag fortzuführen: Erstens sollte ein Gremium geschaffen werden, in dem die Zusammenhänge von Ökologie und Ökonomie sinnvoll bearbeitet werden kann. Dies könnte über einen Unterausschuss „Sozial-ökologische Transformation“ des Umweltausschusses geschehen; es könnte aber auch der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung (PBNE) entsprechend umgestaltet (und aufgewertet) werden. Und wie steht's, zweitens, mit einer neuen Enquete zu den zentralen Zukunftsthemen Ökologie und Nachhaltigkeit?

Außerparlamentarisch wäre eine neue Plattform wünschenswert, eine „Agora Wachstumswende“, in der sich Wissenschaft und Zivilgesellschaft über die große Transformation verständigen können – offen, kreativ und dem Neuen zugewandt.

Literatur

Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, BT-Drucksache 17/13 300, online unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/schlussbericht/17-13300.pdf> (Stand 18.06.2013).

Knauß, Ferdinand: Der Bundestag dokumentiert sein Scheitern. In: Wirtschaftswoche, 5. Februar 2013.

Loske, Reinhard: Wahrlich ein Denker unserer Zeit. In: FAZ, 6. Juni 2013.

Pinzler, Petra: Was ist Lebensqualität? In: Die Zeit, 21. Februar 2013.

IX. Das Umweltbuch des Jahres

Lothar Frenz beginnt sein Buch mit einem Zitat des ‚Vaters der Biodiversität‘, Edward O. Wilson: „Jede Art lebt – und stirbt – auf ihre ureigene, einmalige Weise“. Darum geht es ihm: Leben und Tod von Arten vorzustellen, die wir verloren, eben erst verpasst haben, die erst seit ‚gestern‘ – in den fünfundert Jahren seit Christopher Kolumbus – nicht mehr auf der Erde sind. Wie haben sie gelebt, warum sind sie nicht mehr da? Wieso sind sie erst in jüngster Zeit und nicht schon früher verschwunden? Und was geschah, nachdem sie verschwunden waren? Es geht ihm dabei um große und kleine Tiere, um ökologisch signifikante Tiere und solche, deren Verschwinden ohne große Auswirkungen blieb, um vermeintlich nützliche und weniger nützliche Tiere. Dazu steigt der Autor tief ein in die Erdgeschichte, die Lebensgeschichte vieler Tierarten, von Landschaften, Regionen und Kontinenten. Er trifft dabei auf Einzel- wie auf Inselfischs, aber auch auf komplexe und globale Phänomene. Und staunt am Ende selbst, wie viel wir über das Verschwinden von Arten schon wissen – und wie viel wiederum nicht.

Der Prolog beginnt mit dem Beispiel der Takaha, dem Popstar der Vogelwelt Neuseelands, dessen Zahmheit ihm beinahe den Artenot bescherte, bis ihn Naturschützer auf die Insel Kapiti brachten, wo keine Raubfeinde lauerten. Ein großer Teil des Buches ist der Wandertau- be Nordamerikas gewidmet, der letzten des seinerzeit häufigsten Vogels der Erde, die – exakt dokumentiert – am 1. September 1914 im Alter von 29 Jahren verschied. Wenn ihre Schwärme die Sonne verdunkelten, begann das große Schießen der Taubenjäger. Die letzte ihrer Art nannte man liebevoll „Martha“ – nach Martha Washington, der ersten First Lady der USA.

Nicht alle folgenden Kapitel sind ähnlich spektakulär, doch sie sind alle spannend erzählt: die Geschichte des kalifornischen Kondors, des Elfenbeinspechts oder des Pyrenäen-Steinbocks, der verschwand, weil die Regierung zu spät handelte, zu dem nun aber Klonversuche laufen. Spannend auch die Geschichte des Auerochsen, der nach der letzten Eiszeit in Europa heimisch war. Er war wie für Helden geschaffen: Siegfried erschlug in der Nibelungensage nicht nur den Drachen, sondern „der Ure vier“. Doch seine Stärke nutzte dem Wildrind nichts: Im